



Protokoll der 23. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:

11. Mai 2021

Ort:

Videokonferenz (Skype for Business)

Aktenzeichen: 924-3719/5/2

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Caflisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM



1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 2. März 2021 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Seitens des Präsidenten gibt es keine Mitteilungen.

Reto Brand weist auf zwei aktuelle parlamentarische Vorstösse hin, welche u.U. von Interesse sein könnten und bei denen die Antworten des Bundesrates aber noch ausstehen:

- Postulat 21.3328 von Nationalrätin Gabriela Suter vom 18. März 2021 ("Medikamentenversuche an Menschen in der Schweiz umfassend aufarbeiten")¹
- Interpellation 20.4386 Fehlmann Riele. Sterilisation von Frauen mit einer geistigen Beeinträchtigung. Stand der Dinge² (noch unklar, ob bzw. inwieweit FSZM überhaupt betroffen).

Im Weiteren weist Reto Brand darauf hin, dass beim BJ in den letzten Monaten relativ konstant monatlich ca. 50 bis 80 neue Gesuche für einen Solidaritätsbeitrag eingehen würden. In diesem Zusammenhang wird geprüft, ob bzw. in welcher Form allenfalls die Aufhebung der früher geltenden Frist für die Gesuchseinreichung noch einmal publik gemacht werden soll. Laetitia Bernard ergänzt diesbezüglich, dass die Anlaufstellen mit dem Anliegen, über die per 1. November 2020 erfolgte Fristaufhebung zu informieren, demnächst ebenfalls ans BJ gelangen würden.

2. Diskussion von Einzelfalldossiers

a) Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

Seit der letzten Sitzung wurden den Kommissionsmitgliedern mit der Monatsliste Februar 2021 insgesamt 47 Fälle unterbreitet, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah. Der Präsident hat diese einer stichprobeweisen Prüfung unterzogen, wobei er in einem Fall eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung wünschte. Im Weiteren wurden den Kommissionsmitgliedern mit der Monatsliste Februar 2021 auch sechs Fälle unterbreitet, bei dem der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil das entsprechende Gesuch offensichtlich unbegründet war. Diesbezüglich gingen seitens der Kommissionsmitglieder innert Frist keine Einwände ein.

Mit der Monatsliste März 2021 wurden den Kommissionsmitgliedern insgesamt 48 Fälle zur Gutheissung unterbreitet. Auch hier hat der Präsident 6 Fälle stichprobeweise überprüft und in Bezug auf einen dieser Fälle eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung gewünscht. Auf Wunsch des Fachbereichs FSZM wurden zur Klärung und Präzisierung der Praxis jedoch alle 6 Fälle aus der Stichprobe der beratenden Kommission unterbreitet.

Der Fachbereich FSZM hat in den letzten Monaten verschiedene Optimierungen bei der Gesuchsbearbeitung und bei der Redaktion der Fallblätter vorgenommen. Zur Illustration des aktuellen Standards der Fallblätter, in welchen jeweils der geltend gemachte Sachverhalt aufgeführt und der vorgesehene Entscheid des Fachbereichs FSZM zuhanden der beratenden Kommission begründet wird, hat der Fachbereich für die heutige Sitzung deshalb auch zwei

¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20213328>

² <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20204386>

Fälle von der Monatsliste April 2021 zur heutigen Diskussion auf die Traktandenliste gesetzt. Die Frist zur Stellungnahme zu allen übrigen Gutheissungs-Fällen auf der Monatsliste April 2021 läuft jedoch noch.

Die Diskussion der soeben erwähnten insgesamt 9 Fälle der Monatslisten Februar, März und April 2021 soll der beratenden Kommission die Gelegenheit bieten, sich dazu zu äussern, ob in diesen Fällen a) der Sachverhalt im Hinblick auf einen Entscheid jeweils als ausreichend abgeklärt bzw. bekannt erachtet wird, b) die Schilderungen und Angaben im Gesuch ausreichend glaubhaft sind und c) die Begründung der Opfereigenschaft alle wesentlichen Elemente enthält. Das Ergebnis der Diskussion kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Die angepasste Darstellung der Fallblätter wurde (anhand der zwei Beispiele von der April-Liste) in Bezug auf Struktur und Umfang begrüsst.
- In 8 Fällen wurde der Vorschlag des Fachbereichs FSZM bestätigt und die Gesuche zur Gutheissung empfohlen, wobei vereinzelt darauf hingewiesen wurde, dass die Begründung/Würdigung noch etwas differenzierter hätte erfolgen können.
- In einem Fall wurden die Angaben des Gesuchstellers zu seiner Platzierung in einem Heim nicht als ausreichend bzw. als glaubhaft erachtet. Der Fachbereich FSZM wurde deshalb gebeten, noch weitere Zusatzabklärungen zu machen.

b) Fälle aus früheren Sitzungen

Aus den letzten Kommissionssitzungen gibt es noch 4 Gesuche, welche noch nicht abschliessend behandelt werden konnten. Gestützt auf die zwischenzeitlich erfolgten Zusatzabklärungen empfiehlt nun die beratende Kommission in 3 Fällen das Gesuch gutzuheissen und in 1 Fall nochmals weitere Abklärungen zu machen.

c) Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurde der beratenden Kommission 6 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich eine Abweisung oder eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission 2 Gesuche gutzuheissen und 4 Gesuche abzuweisen.

3. Selbsthilfe-Projekte (Orientierung über aktuellen Stand)

Reto Brand informiert, dass beim "Erzählbistro" die Laufzeit der ersten Verfügung von drei Jahren ablaufe. Das Projekt solle aber – da sehr erfolgreich - weitergeführt werden, weshalb ein neues Gesuch eingereicht worden sei. Nachdem dieses alle Kriterien erfüllt habe, habe man eine Verlängerung um weitere 3 Jahre bewilligen können. Das Angebot des Erzählbistros habe sich stetig weiterentwickelt und habe auch pandemiebedingt angepasst werden müssen. Es handle sich dabei um ein sehr bedeutendes Selbsthilfe-Projekt. Gleichzeitig hat es auch den Informations- und Erfahrungsaustausch unter Betroffenen/Opfern zum Ziel (Art. 12 AFZfV). Der rechtliche Rahmen lasse es zu, dass ein solches Angebot von einer nicht-staatlichen Trägerschaft angeboten, aber vom BJ finanziell unterstützt werde.

Auch das Selbsthilfe-Projekt "Gesichter der Erinnerung" sei auf Kurs. Hier hätten kleinere Anpassungen bei der Trägerschaft und bei den Zahlungsmodalitäten (Sicherstellung der Liquidität) berücksichtigt werden müssen.

Das BJ unterstütze zudem das Pilotprojekt der Pro Senectute und der Guido-Fluri-Stiftung "In Würde altern". Dabei würden sog. Caregiver ausgebildet, welche aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen das Personal in Altersinstitutionen für die Thematik sensibilisieren sowie hilfsbedürftige Betroffene direkt beraten.

4. Verschiedenes

Reto Brand weist darauf hin, dass das BJ im Hinblick auf die Umsetzung des Projekts "Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung" (vgl. diesbezüglich Protokoll der Sitzung vom 2. März 2021, Traktandum 1) zwei Personen habe engagieren können, welche aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeiten grosse Erfahrung und auch die notwendige Sensibilität im Bereich der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen mitbringen würden. Dies erspare nicht zuletzt auch eine längere Einarbeitung ins Thema. Zudem werde die bisherige Sekretariatsleiterin des Fachbereiches FSZM im Sommer pensioniert und die Nachfolgeregelung laufe.

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird am 24. August 2021, voraussichtlich ab 10 bis 16 Uhr, stattfinden. Über die Durchführungsart werde kurzfristig entschieden.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder und die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Die Sitzung wird um 14.55 Uhr geschlossen.



Procès-verbal de la 23^e séance de la commission consultative (Cocosol), 11 mai 2021

Date : 11 mai 2021
Lieu : Vidéoconférence (Skype for Business)

Numéro de dossier : 924-3719/5/2

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Caflisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Travailleuse sociale au centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Christian Raetz	Ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Barbara Studer Immen- hauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / unité MCFA
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / unité MCFA



1. Salutations et communications

Le président ouvre la séance à 10 h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative.

Le procès-verbal de la précédente réunion en date du 2 mars 2021 a déjà été approuvé.

Les documents relatifs à la réunion du jour ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ deux semaines. Tout le monde les a visiblement reçus.

Le président n'a pas de communication à faire.

Reto Brand signale deux interventions parlementaires d'actualité, qui pourraient s'avérer intéressantes, mais auxquelles le Conseil fédéral n'a pas encore répondu :

- le postulat 21.3328 de la Conseillère nationale Gabriela Suter du 18 mars 2021 (« Essais de médicaments sur des personnes en Suisse. Examen historique complet »)¹
- l'interpellation 20.4386 de la Conseillère nationale Laurence Fehlmann Rielle du 2 décembre 2020 « Stérilisation de femmes avec déficiences mentales. Etat des lieux »² (il n'est pas encore clair si l'unité MCFA est concernée).

Reto Brand informe par ailleurs la commission que le nombre des demandes de contribution de solidarité adressées à l'OFJ est, ces derniers temps, relativement constant : il oscille entre 50 et 80 par mois. A ce propos, on se demande s'il ne conviendrait pas de rappeler au public, et sous quelle forme, que le délai qui existait précédemment pour déposer une demande a été supprimé. Laetitia Bernard précise que les points de contact cantonaux vont prochainement solliciter l'OFJ pour que la suppression du délai à compter du 1^{er} novembre 2020 refasse l'objet d'une information.

2. Discussion de dossiers particuliers

a) Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

Depuis la dernière réunion, les membres de la commission ont reçu pour examen, dans la liste mensuelle de février 2021, 47 nouvelles demandes, auxquelles l'unité MCFA a recommandé de donner une suite favorable. Le président a procédé à un contrôle aléatoire de cette liste et souhaite discuter d'un cas concret. Pour 6 autres dossiers, l'unité MCFA avait émis un avis négatif, la demande étant manifestement infondée, et les membres de la commission n'ont pas soulevé d'objection dans le délai imparti.

La liste mensuelle de mars 2021 contenait 48 dossiers soumis aux membres de la commission pour approbation. Le président en a contrôlé 6 au hasard et souhaitait aborder lors de la présente réunion un cas concret. A la demande de l'unité MCFA, cependant, l'ensemble des 6 dossiers ont été soumis à la commission consultative afin de clarifier et préciser la pratique.

Ces derniers mois, l'unité MCFA a procédé à plusieurs améliorations dans le traitement des dossiers et dans la rédaction des fiches de cas. Afin d'illustrer la nouvelle version de ces fiches, où la situation invoquée par la personne concernée à l'appui de sa demande est reprise avec l'avis motivé de l'unité MCFA à l'attention de la commission consultative, deux dossiers du mois d'avril ont été mis à l'ordre du jour de la réunion de ce jour. Pour tous les autres cas de la liste mensuelle d'avril 2021 ayant reçu un préavis favorable, le délai pour prendre position court toujours.

La discussion des 9 cas susmentionnés, issus des listes de février, mars et avril 2021, offre à la commission consultative l'occasion de dire si, en l'occurrence, a) les faits sont assez clairs ou connus pour permettre une décision ; b) les événements rapportés et les informations fournies dans la demande sont suffisamment crédibles ; c) tous les éléments nécessaires pour justifier de la qualité de victime sont réunis. Les résultats de la discussion peuvent être résumés comme suit :

¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20213328>

² <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20204386>

- les modifications concernant la structure et le contenu des rubriques de la fiche de cas (à en juger par les deux exemples du mois d'avril) ont été favorablement accueillis ;
- dans 8 cas, la commission a suivi la proposition de l'unité MCFA et délivré un avis favorable, même si ponctuellement la motivation ou l'appréciation aurait pu être formulée de manière plus nuancée ;
- dans le dernier cas, les informations du demandeur sur son placement en foyer n'ont pas été jugées suffisantes ou crédibles. L'unité MCFA a donc été chargée de procéder à des vérifications supplémentaires.

b) Cas abordés dans de précédentes réunions

Il restait 4 dossiers abordés dans de précédentes réunions et qui n'avaient pas encore pu faire l'objet d'une décision. Forte des éclaircissements obtenus entre-temps, la commission consultative recommande d'accepter trois des demandes et, dans le dernier cas, de procéder à des vérifications supplémentaires.

c) Nouveaux cas

Pour la réunion de ce jour, la commission consultative a reçu pour avis 6 nouveaux dossiers, pour lesquels l'unité MCFA propose soit une discussion, s'agissant de cas limite, soit un rejet. Après discussion approfondie de chacun des cas, la commission recommande d'accepter 2 demandes et d'en rejeter 4.

3. Projets d'entraide (situation actuelle)

Reto Brand informe la commission consultative que, pour les « bistrots d'échange », la première période de trois ans touche à sa fin. En raison de son grand succès, le projet doit cependant être poursuivi ; c'est pourquoi une demande a été déposée en ce sens. Tous les critères étant remplis, une prolongation pour une nouvelle période de trois ans a été accordée. L'offre des bistrots d'échange n'a cessé de se développer et a dû être adaptée à cause de la pandémie. Il s'agit d'un projet d'entraide de première importance, qui permet également aux personnes concernées et aux victimes de s'informer et d'échanger leurs expériences (art. 12 OMCFA). La loi autorise l'OFJ à le soutenir financièrement, alors même qu'il s'agit d'une initiative privée.

Le projet d'entraide « Visages du souvenir » est en bonne voie bien lui aussi. On a dû procéder à de légers ajustements au niveau de l'organisme responsable et dans les modalités de paiement (afin de garantir les liquidités).

L'OFJ soutient en outre le projet-pilote de Pro Senectute et de la fondation Guido Fluri « Vieillir dignement ». Des aidants sont formés, qui peuvent, grâce à leur propre expérience des mesures de coercition et des placements extrafamiliaux, sensibiliser le personnel des EMS à ces questions et conseiller directement les personnes concernées qui ont besoin d'aide.

4. Questions diverses

Reto Brand signale que l'OFJ, en vue de la mise en œuvre du projet « Diffusion et exploitation des résultats de l'étude scientifique » (voir le procès-verbal de la 22^e séance, du 2 mars 2021, point 1), a pu recruter deux personnes qui, en raison de leur activité précédente, disposent d'une grande expérience et de la sensibilité nécessaire en ce qui concerne les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux. Cela a le grand avantage d'éviter une longue période de familiarisation avec la matière. Par ailleurs, la responsable du secrétariat de l'unité MCFA partira en retraite cet été et la procédure de recrutement pour la remplacer est en cours.

La prochaine réunion de la commission consultative aura lieu le 24 août 2021, probablement de 10 h à 16 h, selon des modalités qui seront arrêtées quelques jours à l'avance.

Le président remercie tous les membres de la commission et les collaborateurs de l'unité MCFA pour leur participation active et leur collaboration constructive à la réunion de ce jour. La séance est levée à 14 h 55.